



"Es fehlt eine klare Energiestrategie"

Kein Ende der Preisrallye in Sicht und die aktuellen Beschlüsse der Regierung greifen zu kurz, um die Preise für Energie mittelfristig auf vertretbarem Niveau zu halten.

24.03.2022, 9:18



© M.PHOTO/ADOBE STOCK

54 Prozent des Preises bei Superbenzin sind Steuern (17 Prozent MwSt. und 37 Prozent MöSt.). Bei Diesel sind es 49 Prozent an Steuern.

Wenn der Bäcker 140.000 Euro Mehrkosten durch Strom und Gas im Jahr hat, wenn der Tierfüttermittelerzeuger sogar eine Million Euro zusätzlich „schlucken“ muss, der Transporteur pro Woche (!) beim Tanken 100.000 Euro mehr zahlt oder wenn energieintensive Unternehmen bereits um die Gasversorgung bangen, dann wird deutlich, wie massiv sich die Energiepreis-Rallye im Steirerland bereits auswirkt.

Umso dringlicher ist die Forderung der Wirtschaft an die politisch Verantwortlichen nach langfristigen Plänen zur Aufrechterhaltung und Sicherung der Energieversorgung. „Das von der Regierung präsentierte Energiepaket kann nur der erste Schritt sein, dem viele weitere rasch folgen müssen“, betont WKO Steiermark Präsident Josef Herk. Denn die im Paket angestrebten Entlastungen griffen viel zu kurz, um den Unternehmen die Aufrechterhaltung ihrer Produktionen zu sichern: „Man muss es in aller Deutlichkeit sagen: Hier stehen tausende Jobs auf dem Spiel.“

„Das Energiepaket der Regierung kann nur der erste Schritt sein, weitere müssen rasch folgen.“

Der Staat sei gefordert, zu handeln, und Möglichkeiten gebe es viele. „Angefangen bei der Deckelung der Steuern und Abgaben auf Strom und Gas bis hin zur temporären Aussetzung der Mineralölsteuer – diese würde den Literpreis um 40 Cent (Diesel) bzw. um 50 Cent (Benzin) senken. Auch plädieren wir auf eine ebenfalls temporäre Halbierung der Mehrwertsteuer auf Treibstoffe, um ein vergleichsweise normales Preisniveau wiederherzustellen“, so Herk. Denn die aktuelle Situation sei für viele nicht mehr tragbar, „vor allem deshalb nicht, weil der Staat durch die automatisch mitsteigenden Steuern am meisten profitiert“.

"Wirtschaftsstandort muss in Zukunft weniger abhängig sein"

Doch solche durchaus rasch umsetzbaren „Schnell-Entlastungsmaßnahmen“ dürften keinesfalls darüber hinwegtäuschen, dass es in Österreich in puncto Energieversorgung an Vorausschau mangle, ergänzt WKO Vizepräsident Herbert Ritter: „Es fehlt eine klare Energiestrategie. Nicht nur, um mittelfristig die Preise auf einem vertretbaren Niveau zu halten, sondern um den Wirtschaftsstandort mit Blick auf die Zukunft weniger abhängig von außen zu machen.“ Das aktuelle Krätemessen Russlands beim Gas als Reaktion auf die Sanktionen führe die Gefahr von zu großen Abhängigkeiten mehr als deutlich vor Augen, so Ritter: „Denn 80 Prozent des Gases in Österreich kommen aus Russland.“

Um also die Unabhängigkeit von ausländischen Energieanbietern voranzutreiben, gelte es, viele bürokratische Prügel aus dem Weg zu räumen – etwa bei UVP-Verfahren zum Bau von Anlagen für erneuerbare Energien. Auch der Staat selbst als Teuerungsprofiteur Nummer eins gehöre in die Pflicht genommen, „nicht nur beim Sprit, auch beim Strom sind es zwei Drittel, die auf Steuern und Abgaben entfallen“, so Ritter. Und gerade beim Strom werde die Steiermark auch innerösterreichisch durch die Netztarife massiv benachteiligt, ein einheitlicher Netztarif gehöre umgesetzt. Auch die beschlossene temporäre Verminderung der Elektrizitätsabgabe greife zu wenig weit, so Ritter: „Stattdessen bedarf es der Einführung von automatischen Preisstabilisatoren sowie eines nicht nur temporären Aussetzens der Ökostromförderpauschale.“

Statements:

- **Daniela Müller-Mezin**, Müllex & JerichTrans: „Die Preissteigerungen treffen uns enorm. Bei den Transporten belaufen sich die Mehrkosten durch den Spritpreis auf 100.000 Euro in der Woche, bei der Abfallaufbereitung rechnen wir mit 500.000 Euro Mehraufwand pro Jahr allein durch die Stromkosten.“
- **Josef Gasser**, Lieb-Bau-Gruppe: „Die Energiepreissituation war bereits vor der russischen Invasion dramatisch. Durch den Krieg wurden die Kosten weiter befeuert. In der Bauwirtschaft ist insbesondere die massive Rohstoffknappheit ein Problem. Hier braucht es eine temporäre Aufhebung der Fixpreisbindung.“
- **Herbert Brunner**, Antemo: „Nicht nur die Preise für Energie sind zuletzt massiv gestiegen, sondern auch die Kosten für Rohmaterialien wie Titan, Aluminium, Stahl, Kunststoff und Buntmetalle. Wir sprechen hier von Preissteigerungen im Ausmaß von über 100 Prozent, sofern überhaupt geliefert werden kann.“
- **Markus Seme**, BearingPoint: „Durch die Teuerungswelle bei Strom haben sich die Kosten für das Datacenter zuletzt verdreifacht. Aber auch wenn die massiven (Sprit-)Preise in mehrfacher Hinsicht problematisch für Betriebe sind, müssen die aktuellen Herausforderungen mit nachhaltigen Strategien gelöst werden.“
- **Katrin Hohensinner**, Frutura: „Durch die Anwendung der Geothermie sind wir beim Gas nicht von den Steigerungen betroffen. Die Kosten für Strom sind dennoch zuletzt um 100 Prozent gestiegen. Und die massiven Spritpreisentwicklungen nehmen Ausmaße an, die sich Normalsterbliche nicht mehr leisten können.“
- **Wolfgang Kuss**, WOUNDWO: „Die Preisexplosion bei Benzin, Gas und Strom hat einen massiven Anstieg unserer Fuhrpark- und Energieversorgungskosten zur Folge – gerade im Bereich der Pulverbeschichtung hat dies beispielsweise in der gesamten Produktionskette enorme kostentechnische Auswirkungen.“
- **Patrick Herzig**, M&H: „Die aktuelle Preisentwicklung im Strom- und Energiebereich ist dramatisch. Gleichzeitig explodieren auch die Preise für Rohstoffe. Wir können die Verfügbarkeit aufgrund von langjährigen Geschäftsbeziehungen glücklicherweise zu 100 Prozent garantieren.“

Tipp!

Weitere Fakten und Analysen zum Thema auf <https://www.standort-wirtschaft.at>

Zahlen & Fakten:

- + 80 Prozent des verbrauchten Erdgases in Österreich kommen aus Russland, in der EU sind es 40 Prozent.
- + 60 Prozent machen die Mehrkosten (Steuern, Abgaben und Entgelte) bei Strom bei Gewerbekunden aus.
- + 54 Prozent des Preises bei Superbenzin sind Steuern (17 Prozent MwSt. und 37 Prozent MöSt.). Bei Diesel sind es 49 Prozent an Steuern.
- + 30 - 50 Prozent Steigerung der Gesamtkosten aufgrund der Energiepreise verzeichnen einige Betriebe bereits.
- + 2 Prozent Anteil am Ölverbrauch in Europa hat Österreich. Die OMV bezieht weniger als zehn Prozent des Erdöls für Treibstoffe aus Russland.

Das könnte Sie auch interessieren



"Unser Ziel müssen bessere Probleme sein"

Wir haben Wirtschaftsphilosoph Anders Indset im Rahmen des Impulstags getroffen. Ein Gespräch über neue „Handlungshelden“. [➤ mehr](#)



Der Koralmtunnel als Chance für Südösterreich

Neue Entwicklungsmöglichkeiten und Wachstumspotenziale entlang der Achse Graz-Klagenfurt: Der Wirtschaftsraum Südösterreich positioniert sich im Wettbewerb der Standorte neu. [➤ mehr](#)



WorldSkills 2022: Nicola Hoegger ist beste Floristin der Welt

Gold für Nicola Hoegger bei der Berufsweltmeisterschaft im finnischen Helsinki: Die Weizerin kürt sich bei den WorldSkills 2022 zur besten Floristin der Welt. [➤ mehr](#)